

Christian Flisek

- (A) zungen erfüllen. Ich finde, auch das ist eine absolut sachgerechte Lösung – auch wenn mir klar ist, dass wir zu diesem Punkt noch viele Diskussionen führen werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen, sofern Sie eine große sozialrechtliche Lösung lieber gehabt hätten, Folgendes sagen: Ich finde, das Bundessozialgericht hat ausschließlich für die Syndikusanwälte entschieden. Wir sollten an dieser Stelle – davon bin ich überzeugt – den Ball im Sinne einer schnellen und zügigen Lösung für diese 40 000 Kolleginnen und Kollegen flach halten. Denn eines – das wurde auch in dieser Debatte deutlich – ist klar: Wenn wir das Fass aufmachen und die große Lösung suchen, wäre eine solche Lösung im Sinne dieser Kolleginnen und Kollegen weit weg bzw. nicht so schnell in Sicht. Deswegen: Überlegen Sie sich das noch einmal.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das meinen Sie aber an die CDU!)

Ich denke, dass wir nah beieinander sind; aber in dieser Frage sollten wir noch ein bisschen näher aneinanderrücken.

In diesem Sinne: Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Herr Kollege Flisek. – Die letzte Rednerin in dieser Debatte: Dr. Silke Launert für die CDU/CSU-Fraktion.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Silke Launert (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Wir haben es schon mehrfach gehört: Die Entscheidung des Bundessozialgerichts zur gesetzlichen Rentenversicherungspflicht der Syndikusanwälte hat wirklich für ordentlich Wirbel gesorgt. Sie hat nicht nur die Unabhängigkeit der Syndikusanwälte infrage gestellt und damit überhaupt erst so richtig die Grundsatzdiskussion über die rechtliche Stellung der Syndikusanwälte ausgelöst; sie hat vor allem die langjährige Praxis der Deutschen Rentenversicherung durchkreuzt. Bis dahin war es nämlich in der Regel so, dass für Syndikusanwälte grundsätzlich eine Befreiung von der Rentenversicherungspflicht vorgesehen war. Somit war der Weg frei in die berufsständische Versorgung.

Das Bundessozialgericht hat jetzt gesagt: Das geht grundsätzlich nicht mehr. Man muss sagen: Das hat die Altersversorgung von 40 000 Syndikusanwälten ins Wanken gebracht. Deshalb wundert es mich überhaupt nicht, Frau Künast, dass bei Ihnen so viele Beschwerdeschreiben eingegangen sind. 40 000 Menschen, die plötzlich Angst um ihre Altersversorgung haben – das ist nicht nichts. Und Syndikusanwälte sind als Juristen meistens auch in der Lage, zu schreiben.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist mal gut so!)

Es gibt aber ein weiteres Problem – Frau Winkelmeier-Becker hat es schon angesprochen –: Das schränkt auch die Mobilität ein. Es führt dazu, dass man aus Angst, die Vorteile der berufsständischen Versorgung zu verlieren, nicht mehr in ein Unternehmen wechselt. Aber gerade diesen Wechsel – freier Anwalt, Anwalt in der Kanzlei eines anderen Anwalts, Anwalt in einem Unternehmen –, den Transfer von Erfahrungen hin zu Unternehmen und vielleicht auch wieder zurück wünschen wir uns, wie wir uns generell mehr Erfahrungsaustausch, vielleicht auch in der Politik, wünschen.

Die Unternehmen haben sich zu Recht gemeldet und gesagt: Es ist immer schwieriger, gute Leute zu finden, die eine gewisse Erfahrung haben. – Insofern denke ich, es war höchste Zeit, etwas zu tun. Die Rechtsunsicherheit war enorm. Es bestand ein großes Bedürfnis nach Klarstellung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Auch wenn der Ruf nach der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Syndikusanwälte durch die Entscheidung aus dem letzten Jahr erst so richtig laut geworden ist: Es gab ihn vorher auch schon. Die Syndikusanwälte wurden schon vorher stiefkindartig behandelt. Es war jetzt Zeit, sie endlich gleichzustellen – im Sinne einer Einheit der deutschen Anwaltschaft, wie es Herr Minister zu Recht betont hat.

Das sieht der jetzt vorliegende Entwurf auch vor. Es wird klargestellt: Man kann Arbeitnehmer sein und trotzdem Anwalt, trotzdem fachlich unabhängig und eigenverantwortlich agieren, wie es mein Kollege Herr Luczak ausgeführt hat. Die Anforderungen stehen genau im Gesetz. Ich finde, das trägt massiv zur Rechtsklarheit bei.

Man spricht jetzt nicht mehr von Syndikusanwälten. Sie haben das Recht, sich als Rechtsanwalt zu bezeichnen, mit dem Zusatz „Syndikusrechtsanwalt“ in Klammern. Es ist ganz klar, worum es sich hier handelt. Man ermöglicht den Syndikusanwälten den Verbleib bzw. künftigen Eintritt in das anwaltliche Versorgungswerk.

Über die Frage, ob anwaltliche Tätigkeit vorliegt oder nicht, entscheidet nicht irgendeine sachfremde Rentenversicherung, sondern die Anwaltskammer. Die Frage, ob anwaltliche Tätigkeit vorliegt oder nicht, sollte tatsächlich die Anwaltskammer treffen. Ich bin jemand, der sagt: bei Fachfragen lieber die Fachkompetenz nutzen. An eine entsprechende bestandskräftige Zulassungsentcheidung ist die Rentenversicherung dann auch gebunden.

Besonders wichtig ist der Vertrauensschutz für diejenigen Syndikusanwälte, die schon einen Bescheid über eine Befreiung von der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht haben. Die weiteren Details werden wir im Gesetzgebungsverfahren noch ansprechen.

Ich möchte zum Schluss auf die freien Berufe eingehen, die hier schon mehrfach angesprochen worden sind. Dieser Entwurf beseitigt jetzt die Unsicherheit bei den Syndikusanwälten, aber bei den anderen freien Berufen besteht nach wie vor Unsicherheit: Was ist mit den Ärz-

Dr. Silke Launert

- (A) ten, mit den Apothekern und mit den Architekten? Sie haben jetzt ebenfalls Schwierigkeiten bei der Befreiung von der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht. Wir haben uns im Koalitionsvertrag darauf verständigt, die funktionierende berufsständische Altersversorgung beizubehalten.

Herr Petzold, ich wundere mich immer: Wieso müssen wir nach Ihrer Meinung immer das abschaffen, was funktioniert, und in das integrieren, was nicht funktioniert?

(Beifall bei der CDU/CSU – Harald Petzold [Havelland] [DIE LINKE]: Es funktioniert ja eben nicht! Sonst hätte das Bundessozialgericht nicht so entschieden!)

Ich weiß, Sie würden immer gerne jedes Instrument zum kompletten Sozialausgleich heranziehen, aber das ist es eigentlich nicht. Man könnte schauen, ob wir ein effektives Instrument finden; aber die Integration in die gesetzliche Rentenversicherung ist vielleicht nicht das perfekte Mittel.

(Harald Petzold [Havelland] [DIE LINKE]: Sie wollen ja wieder Sonderversorgungssysteme machen! Mit bürokratischem Wasserkopf!)

Frau Winkelmeier-Becker hat die Frage bereits angesprochen: Wollen Sie die staatlichen Zuschüsse zur gesetzlichen Rentenversicherung auch noch den Ärzten und Anwälten zukommen lassen? Ich glaube, nicht.

- (B) Wir machen den ersten Schritt und sorgen für eine Klarstellung bei den Syndikusanwälten. Von daher sage ich: Vielen Dank für diesen Gesetzentwurf. Es geht hier um Sicherheit und Vertrauen in einem der elementarsten Bereiche, nämlich dem der Altersversorgung. Wenigstens in diesem Bereich sollte Klarheit herrschen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Frau Kollegin Launert. – Damit schließe ich die Aussprache.

Die Redezeiten waren, glaube ich, großzügig bemessen. Da ich viel gelernt habe, war ich nicht so streng.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach nee! Dann machen wir immer Aufklärung! Damit Sie lernen!)

Interfraktionell wird Überweisung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 18/5201 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es anderweitige Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich bitte diejenigen, die an der nächsten sehr spannenden Debatte nicht teilnehmen wollen, ihren Platz zu räumen, damit wir zügig weiterdebattieren können.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 34 a und 34 b auf: (C)

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Harald Ebner, Kordula Schulz-Asche, Uwe Keckeritz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bevölkerung vor Krebsgefahr durch das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat schützen und EU-Neuzulassungsverfahren für Glyphosat stoppen

Drucksache 18/5101

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Gesundheit
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Karin Binder, Heidrun Bluhm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Zulassung glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel einschränken

Drucksachen 18/1873, 18/5087

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre und sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Harald Ebner für Bündnis 90/Die Grünen. (D)

(Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD]: Harald, sag uns, wie es ist! – Petra Crone [SPD]: Mach schnell! Sprich schnell!)

Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Werte Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Zum dritten Mal innerhalb von drei Jahren reden wir heute in diesem Parlament über einen Pestizidwirkstoff, der traurige Berühmtheit erlangt hat, über Glyphosat, einen Wirkstoff von Totalherbiziden, also Pflanzenvernichtungsmitteln mit umfassender Breitenwirkung.

Die Bundesregierung hat hinsichtlich der Senkung des Pestizideinsatzes nichts erreicht, die Hersteller von Pestiziden feiern erneut Rekordumsätze. Noch nie wurde weltweit mehr Glyphosat verwendet als heute, über 5 000 Tonnen pro Jahr allein in Deutschland. Und noch nie war der Einsatz von Glyphosat so fragwürdig wie heute!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Schon lange gibt es Hinweise, dass dieses Zellgift Krebs, Erbgutschäden, Missbildungen und andere Gesundheitsschäden verursacht, übrigens auch bei Tieren. *Der Spiegel* hat letzte Woche über missgebildete Ferkel und andere Folgen berichtet. In Argentinien hat sich die Krebs- und Missbildungsrate in Sojaregionen mit massi-

Harald Ebner

- (A) vom Glyphosateinsatz vervielfacht. 30 000 Ärzte schlagen dort deshalb Alarm.

Über viele Jahre haben Industrie, Bundesregierung und Behörden uns dennoch versichert, dass dieses Pflanzvernichtungsmittel gesundheitlich unbedenklich sei. Das werden wir ganz bestimmt gleich auch wieder von der Union hören; sie hat das heute bereits der Presse mitgeteilt. Jetzt hat aber Ende März dieses Jahres die Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation, die IARC, Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend bei Menschen“ eingestuft. Das ist die zweithöchste Risikokategorie. Damit kann und darf es kein „Weiter so“ bei Glyphosat geben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

Die IARC ist unbestritten *die* wissenschaftliche Institution weltweit für die Bewertung krebserzeugender Substanzen. Sie arbeitet unabhängig, transparent, nach strengen Regeln, und sie berücksichtigt keine Geheimstudien von Herstellern, sondern ausschließlich öffentlich zugängliche, überprüfte und überprüfbare Studien. Das ist *der* wissenschaftliche Goldstandard! Wenn eine solche Institution eine solche Warnung ausspricht, muss das Konsequenzen haben,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

gerade in Deutschland, das von den Herstellern als Berichterstatter für die EU-Neuzulassung von Glyphosat benannt wurde.

- (B) Aber was macht die Bundesregierung? Sie sieht keinen Handlungsbedarf. Das Bundesinstitut für Risikobewertung, BfR, hat schon nach wenigen Tagen die Ergebnisse kleingeredet: Sie seien „wissenschaftlich schlecht nachvollziehbar“. Ganz ähnlich hat auch Monsanto reagiert. Dessen Chef, Hugh Grant, hat die Arbeit des IARC als „junk science“, also als Dreckswissenschaft, bezeichnet, und das alles noch, bevor der umfassende Bericht, die Monografie, dazu veröffentlicht wurde.

Schauen wir doch einmal auf das BfR und seine entwarnende Risikobewertung. Im BfR-Pestizidkomitee sitzen seit Jahren Angestellte großer Agrochemiekonzerne wie Bayer und BASF.

Die WHO-Wissenschaftler fanden klare Belege für die Mechanismen, durch die Glyphosat Krebs verursachen kann: Schädigung des Erbguts und oxidativer Stress. Diesen Risikobereich hat das BfR aber kaum untersucht und wichtige Studien dazu ignoriert.

Das BfR verwendet nicht nur in großem Umfang Industriestudien. Viel schlimmer: Es hat eine große Anzahl dieser Studien auch gar nicht selber bewertet, sondern die Bewertung der antragstellenden Industrie übernommen. Unter einer eigenständigen Bewertung stellen wir uns jedenfalls etwas anderes vor.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

Gleichzeitig verharmlosen das BfR und andere Glyphosat-Fürsprecher das Gift und seine Risiken weiter.

- BfR-Präsident Hensel erzählt im Agrarausschuss, Glyphosat sei weniger toxisch als Kochsalz oder Kaffee. Der Vergleich ist, gerade wenn es um Krebsverdacht geht, absolut abwegig. Verbraucher können immerhin selber entscheiden, wie viel Salz oder Kaffee sie zu sich nehmen. Hinsichtlich Glyphosat weiß ich doch gar nicht, was in meinem Brötchen ist. Das steht nicht drauf. (C)

(Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Bei Kaffee auch nicht!)

Dass selbst bei vielen Großstädtern schon Glyphosat im Körper nachgewiesen wird, ist für Herrn Hensel normal und erwartbar. Die Bundesregierung und Teile dieses Hauses mögen die Auffassung teilen, dass es normal ist, wahrscheinlich krebserregende Substanzen im Körper zu haben. Wir jedenfalls können das nicht verantworten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

Öko-Test wurde bei den meisten auf Glyphosat getesteten Getreideprodukten fündig. Sind Sie denn wirklich sicher, Herr Bleser, dass Glyphosat nicht schon längst in der Muttermilch auftaucht und Babys es aufnehmen? Um zu wissen, woher die Belastungen der Menschen kommen und wie hoch sie sind, brauchen wir eine umfassende Überwachung der Lebensmittelrohstoffe und endlich ein Human-Biomonitoring für Glyphosat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

- Trotz Krebsrisiko plädiert das BfR für eine Anhebung der akzeptablen Aufnahmedosis um zwei Drittel. Das ist bei einem wahrscheinlich krebserregenden Stoff schlicht fahrlässig, weil hier jede noch so kleine Dosis schaden kann. Wir brauchen keine höheren, sondern wir brauchen niedrigere Grenzwerte. Gerade hier muss uns das Vorsorgeprinzip oberstes Gebot sein. Bei deutlichen Hinweisen auf eine Gefährdung von Mensch und Umwelt dürfen wir eben nicht warten, bis die Gefährdung abschließend geklärt ist und der Krebsverdacht eindeutig belegt oder widerlegt ist. Aber der BfR-Präsident deutet das Vorsorgeprinzip um und spricht von einem „ökonomischen Vorsorgeprinzip“. Heißt das im Klartext, dass wir Gesundheitsrisiken in Kauf nehmen sollen, wenn es um Gewinne geht? Wir meinen: Wenn der Chef einer so hochrangigen staatlichen Behörde den begründeten Verdacht auf krebserregende Wirkung derart kleinredet, dann ist das ein untragbarer Zustand. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. – Die Bundesregierung will erst einmal abwarten und behauptet, es gebe keine Rechtsgrundlage für ein Eingreifen. Die Niederlande und Österreich beweisen das Gegenteil. Sie sind tätig geworden. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Herr Schmidt, Herr Bleser, Glyphosat gehört nicht in die Hände von Privatpersonen. Das sagen auch der Bundesrat, die Fachminister der Bundesländer und die Umweltverbände. Auch da hat die Bundesregierung nichts gemacht. Da musste erst die Opposition einen Brief an die Baumärkte schreiben, die jetzt nach und nach dieses Mittel aus den Regalen nehmen. Das zeigt,

Harald Ebner

- (A) wie es geht. Tun Sie etwas! Nehmen Sie das Problem endlich ernst! Lesen Sie unseren Antrag! Ich freue mich auf die Debatte im Ausschuss.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Harald Ebner. – Nächster Redner in der Debatte: Hermann Färber für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Hermann Färber (CDU/CSU):

Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Zuschauer oben auf den Tribünen! Im März dieses Jahres hat die IARC – das ist die Internationale Agentur für Krebsforschung – die Einstufung von Glyphosat in die Kategorie 2A veröffentlicht. Danach ist Glyphosat wahrscheinlich krebserzeugend. Glyphosat ist nach Einstufung der IARC also genauso gefährlich wie Matetee. Ja, Sie haben richtig gehört: genauso gefährlich wie Matetee; denn beide sind in der gleichen Gefahrenklasse eingruppiert. Ein Antrag der Grünen zum Verbot von Matetee liegt allerdings bisher noch nicht vor. Ebenso wenig liegt ein Antrag der Grünen vor, alle Frisörgeschäfte in Deutschland zu schließen,

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist jetzt ja wohl lächerlich!)

- (B) obwohl die IARC bereits 2010 die Berufsausübung von Frisören als vermutlich krebserzeugend eingestuft hat. Ist das etwa eine beklagenswerte Lücke in der Antragsarbeit der Opposition, meine Damen und Herren? Nein, das ist es nicht.

Ich will hier nicht polemisch werden.

(Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE): Oh nein! Natürlich nicht! – Nicole Maisch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Daran sind Sie jetzt schon gescheitert! – Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja peinlich! – Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann hören Sie lieber auf!)

Aber was ich deutlich machen will, ist Folgendes: Die Opposition erweckt mit der Einbringung ihres Antrags den Eindruck, eine Einstufung als vermutlich krebserzeugend durch die IARC sei so schlimm und dramatisch, dass sofortige Verbotsmaßnahmen nötig seien. Meine Beispiele zeigen aber, dass genau dies eben nicht erforderlich ist.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage oder Bemerkung der Kollegin Künast?

Hermann Färber (CDU/CSU):

Die Frau Künast soll jetzt einfach einmal meiner Rede zuhören.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Feigling!) (C)

Es wäre gut gewesen, wenn sie schon früher, in ihrer Zeit als Ministerin, mehr zugehört hätte.

(Beifall bei der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wäre dann vor sieben oder vor zehn Jahren gewesen!)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Also nein.

Hermann Färber (CDU/CSU):

Im Anschluss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Beispiele zeigen, dass das ganz und gar nicht so ist. Übrigens – für denjenigen, der es nicht weiß –: Als sicher krebserzeugend eingestuft ist Alkohol. Auch hier möchte niemand ein Verbot.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist genau die Verharmlosungsstrategie von Monsanto & Co.!)

Wir müssen uns auch im Klaren darüber sein, dass diese neue Einstufung nicht die einhellige Haltung der Weltgesundheitsorganisation ist;

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber von der, die für Krebs zuständig ist!)

denn andere WHO-Gremien, etwa die JMPR, vertreten nach wie vor die gegenteilige Ansicht. (D)

Ebenso sieht auch die europäische Bewertungsbehörde EFSA bislang keine Hinweise auf eine krebserzeugende Wirkung; auch das gehört zur vollständigen Wahrheit. Der Bewertung von Glyphosat liegen immerhin mehr als 1 000 Studien zugrunde.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen Sie doch auch mal, wer in der JMPR sitzt! Vertreter der Industrie, vor allem der Chemieindustrie!)

Richtig ist aber, Herr Ebner, dass diese Einstufung Grund zu weiterer Überprüfung ist. Deshalb hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unmittelbar nach Bekanntwerden der Einstufung im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft einen Bericht beantragt,

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wow!)

um zu prüfen, ob Sofortmaßnahmen notwendig sind.

(Beifall bei der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, ja! Da hat sich Hensel um Kopf und Kragen geredet!)

Wir haben dort am 22. April dieses Jahres eine Stellungnahme von Professor Hensel gehört; er ist der Präsident des Bundesinstituts für Risikobewertung. Dieses Institut ist die für solche Fragen zuständige wissenschaftliche

Hermann Färber

- (A) Bewertungsbehörde. Professor Hensel hat uns in dieser Sitzung klar und deutlich erklärt, dass eine wissenschaftliche Bewertung dieser Einstufung ohne Kenntnis der vollständigen Unterlagen nicht möglich sei.

(Widerspruch bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Aber Sie bewerten das doch jetzt auch! – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber Sie bewerten es doch auch jetzt! – Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann warten wir einfach ab, ja?)

Die IARC hat die Veröffentlichung dieser Unterlagen für Juli, also für den nächsten Monat, angekündigt. Übrigens hat auch ein Vertreter der IARC, nämlich Professor Rusyn, bei einem Fachgespräch der Grünen am vergangenen Montag erklärt,

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Aber Sie waren doch gar nicht da!)

das BfR solle mit Verlautbarungen besser warten, bis die vollständigen Unterlagen veröffentlicht sind.

(Beifall bei der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau! Das war ein guter Tipp! – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Richtig! Ja, dann tun Sie es doch auch!)

Das ist ein wissenschaftlicher Ratschlag, den wir für vernünftig halten und dem wir uns gerne anschließen. Deshalb können wir heute noch gar nichts zu den nötigen rechtlichen Folgerungen aus dieser Einstufung sagen.

- (B)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, mir ist ein Aspekt in dieser ganzen Diskussion sehr wichtig, nämlich die Frage: Welche Expositionspfade, die laut IARC zu erhöhter Krebsgefahr führen, sind eigentlich für Deutschland relevant? Zur Beantwortung dieser Frage brauchen wir die Unterlagen, die aber noch nicht veröffentlicht sind.

Vizepräsidentin Claudia Roth:
Herr Kollege?

Hermann Färber (CDU/CSU):
Ja?

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Herr Kollege, ich versuche es noch einmal – bzw. ein Kollege versucht es noch einmal –: Erlauben Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Kollegen Ebner?

Hermann Färber (CDU/CSU):

Auch der Herr Kollege Ebner sollte sich damit abfinden, dass er sich im Anschluss an meine Rede äußern kann.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Das ist ja sehr kollegial!)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Gut, nein; alles klar.

(C)

Hermann Färber (CDU/CSU):

Ja. – Wir sind uns doch hier im Hause einig, dass die Art und Weise der Glyphosatanwendung in Deutschland in keiner Weise mit der Anwendung in Nord- und Südamerika vergleichbar ist. Wir haben hier wesentlich strengere Anwendungsbestimmungen und arbeiten nicht mit Monokulturen, sondern mit Fruchtfolgen. Schon das vermindert im Vergleich den Herbizideinsatz. Im Übrigen sind bei uns auch viele Beistoffe verboten, die in anderen Ländern noch erlaubt sind, wie zum Beispiel Tal-lowamine, die zwar als Zusatz in Pflanzenschutzmitteln verboten, in Körperpflegemitteln aber nach wie vor erlaubt sind. Pflanzenschutzmittel erfüllen bei uns also höhere Standards als Körperpflegemittel. Auch bei der Kombination verschiedener Wirkstoffe ist Deutschland wesentlich restriktiver als andere Länder. Das lernen die jungen Bauern bereits sehr früh in der Ausbildung.

Die Definition guter fachlicher Praxis in Deutschland bewährt sich auch bei Glyphosat. Das sieht man schon daran, dass es in Deutschland keine Resistenzen gegen Glyphosat gibt, wie das in anderen Ländern der Fall ist. Es ist also sehr gut möglich, dass die Unterlagen der IARC zeigen werden, dass Deutschland schon alles Notwendige getan hat, um die Umwelt, die Verbraucher und die Landwirte hinreichend zu schützen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir wissen sehr gut, dass es in anderen Ländern noch erheblichen Handlungsbedarf gibt. Dieses Problem können wir aber nicht durch eine schärfere Gesetzgebung in Deutschland lösen;

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU –
Zuruf der Abg. Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN])

denn dann würden wir die landwirtschaftliche Produktion ins Ausland exportieren.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deutschland ist berichterstattender Staat für die Zulassung in der Europäischen Union! Das betrifft 28 Mitgliedstaaten!)

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat am Mittwoch einstimmig, also mit den Stimmen der Opposition, beschlossen, im September eine Anhörung zu Glyphosat durchzuführen.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schreien Sie doch noch lauter!)

– Herr Ebner, ich habe immer den Eindruck, Sie hören das nicht. Deshalb spreche ich ein bisschen lauter.

(Beifall bei der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lauter macht es nicht verständlicher!)

Bis dahin – jetzt kommen wir wieder runter und werden wieder sachlich – können auch die zuständigen deutschen Bewertungsbehörden die ausführliche Monografie der IARC prüfen und dann eine fundierte Bewertung ab-

Hermann Färber

- (A) geben. Auf deren Grundlage ist dann eine Entscheidung möglich. Nur das ist die richtige Reihenfolge.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es wird nicht mehr besser!)

Jetzt noch einige Worte dazu, was andere Länder machen. Das Schweizer Landwirtschaftsministerium hat am 19. Mai 2015 erklärt, es könne die Einstufung erst dann bewerten, wenn die ausführliche Begründung vorliege. Erst dann könne man entscheiden, ob weitere Maßnahmen nötig seien.

Mit Frankreich möchte ich ein weiteres Beispiel nennen. Dazu hat es in den letzten Tagen eine massive Falschinformation der Öffentlichkeit gegeben, als in verschiedenen Medien erklärt wurde, Frankreich wolle ein Verbot des Verkaufs von Glyphosat in Gartencentern. Ich habe die entsprechende Aussage der französischen Umweltministerin Royal übersetzen lassen. Sie möchte lediglich ein Verbot des Verkaufs auf Selbstbedienungsbasis. Es soll verpflichtend werden, dass die Pflanzenschutzmittel, die Glyphosat enthalten, nur direkt durch einen Verkäufer abgegeben werden. Damit würde sich Frankreich dem in Deutschland längst geltenden Standard anpassen, und das ist doch durchaus zu begrüßen.

Die falsche Meldung wurde tagelang unter anderem auf www.tagesschau.de verbreitet. Deshalb ein Wort an die Medienvertreter: Ein Blick auf die entsprechende Meldung auf der Homepage des französischen Umweltministeriums hätte ausgereicht, um den Fehler zu korrigieren. Ich erwarte gerade auch von unserem finanziell sehr gut ausgestatteten öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dass er dieses Minimum an Recherche leistet

(B)

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und Presseerklärungen nicht einfach ungeprüft übernimmt und sich so an gezielten Fehlinformationen beteiligt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, ich konnte mit diesen Informationen etwas zur Aufklärung beitragen.

(Lachen und Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na ja!)

Dass die CDU/CSU-Fraktion aufgrund dieser Tatsachen die Anträge der Opposition ablehnt, ist nur folgerichtig.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fatschingsveranstaltung! Büttendrede!)

Wir sind immer bereit, neue Informationen in unsere Entscheidungen einfließen zu lassen. Aber wir beteiligen uns nicht an Panikmache, an der Angstindustrie und schon gar nicht an blindem Aktionismus.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Herr Kollege Färber. – Jetzt erhält zu einer Kurzintervention der Kollege Ebner das Wort.

Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

(C)

Danke, Frau Präsidentin. – Herr Kollege, Sie haben sehr darauf abgezielt, dass man erst einmal die Monografie abwarten müsse. Das ist richtig. Dies sollte man aber auch tun, bevor man die Arbeit des IARC in Grund und Boden verdammt. Das wäre meine Aufforderung ebenso an das BfR.

(Beifall der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

Deutschland ist berichterstattender Staat für ganz Europa bei der Neuzulassung von Glyphosat. Davon sind 28 Mitgliedstaaten betroffen, Herr Kollege. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass das BfR seinen Bericht über Glyphosat vor Vorliegen dieser Monografie unverändert an die EFSA geschickt hat. Wie passt das mit Ihrer Rede zusammen? Das würde mich wirklich interessieren.

Sie haben so schön gesagt, die WHO habe ja auch noch andere Gremien. Da frage ich Sie: Wollen Sie die wissenschaftliche Reputation des Gremiums der WHO, das für die Einstufung von Substanzen im Hinblick auf die Krebsgefahr zuständig ist und bezüglich krebserregender Substanzen weltweit am besten Bescheid weiß, infrage stellen und relativieren?

Sie haben sich auf das JMPR berufen. Mich interessiert, ob Ihnen bekannt ist, dass sowohl in der einzuberufenden Taskforce als auch im JMPR Mitglieder sind, die für das ILSI und für Chemieunternehmen arbeiten, etwa Boobis, Moretto und Dellarco – ich kann Ihnen auch die Namen nennen –, und dass dort auch ein Mitarbeiter des BfR vertreten ist. Wie bewerten Sie es, dass ein solches Gremium mit solchen Interessenvertretern besetzt ist?

(D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Herr Färber, Sie haben das Wort.

Hermann Färber (CDU/CSU):

Herr Kollege Ebner, das Problem ist, dass Sie mir nicht zuhören wollen.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber es war wirklich lautstark genug! – Gegenruf des Abg. Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Nun hör doch mal zu!)

Wenn Sie, so wie ich, abends gescheitert ins Bett gehen wollen, als Sie morgens aufgestanden sind, dann werden Sie nicht umhinkommen, anderen einmal zuhören zu müssen.

Herr Ebner, ich habe das eben ausgeführt.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sollen nicht sagen, was Sie vorher gesagt haben, sondern die Frage beantworten!)

Die Frage ist doch folgende: Welche Expositionspfade nutzt die IARC bei der Einstufung in ihren Grundlagen, die für Deutschland überhaupt repräsentativ sind? Wir haben hier andere Zulassungsvoraussetzungen. Wir haben eine andere Form der Anwendung.

Hermann Färber

- (A) (Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Ich denke, Sie kennen die Unterlagen nicht! Wie kommen Sie dann zu Ihrer Bewertung?)

– In der Zulassung und in der Anwendung haben wir in Deutschland andere Vorgaben; das ist völlig klar.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Aber die Grundlagen kennen wir doch gar nicht! – Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Jetzt ist Herr Färber dran.

Hermann Färber (CDU/CSU):

Vielen Dank. – Das ist doch die Frage. Man sollte jetzt nicht in blinden Aktionismus verfallen und sagen: Wir sehen – auf der Basis von Nichtinformationen – ein Verbot vor. Damit bestünde nämlich das Risiko, dass wir dieses Verbot nachher nicht begründen könnten.

Ich muss sagen: Das BfR, das von Ihnen jetzt ins Nirwana geredet wird, ist das in Deutschland zuständige Institut, ob Ihnen das gefällt oder nicht. Es ist auch ein gutes, weltweit anerkanntes Institut. Alle Bewertungsbehörden, die an dem Zulassungsprozess für Glyphosat als Berichterstatter beteiligt sind, haben ja nicht nur eine Studie als Grundlage genommen. Sie haben mehr als 1 000 Studien aus ganz verschiedenen Bereichen verwendet. Entscheidend ist, ob die Studien, die verwendet werden, auch wissenschaftlichen Standards entsprechen. Darüber haben wir im Ausschuss schon oft gesprochen. Es gibt auch Studien, die etwas anderes besagen. Entscheidend ist, ob die Studien wissenschaftlichen Standards entsprechen. Das ist doch die Frage.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank. – Nächste Rednerin in dieser Debatte ist Dr. Kirsten Tackmann für Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Gäste auf den Tribünen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der gefährliche Unkrautvernichter Glyphosat ist in aller Munde, und zwar leider nicht nur im übertragenen Sinne. Das hat der BUND vor fast zwei Jahren in einer Studie gezeigt. 182 Urinproben von Menschen aus Großstädten in 18 Ländern Europas wurden auf Glyphosat untersucht, und in keinem einzigen Land waren alle Proben frei von Glyphosat. Im Gegenteil: In Malta wurde in 90 Prozent der Urinproben, in Deutschland immer noch in 70 Prozent der Proben Glyphosat gefunden. Ich finde das alarmierend.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nein, das ist keine repräsentative Studie. Aber selbst das Bundesinstitut für Risikobewertung hält die Ergebnisse für plausibel. Die Messwerte liegen zwar unterhalb der Schwelle der gesundheitlichen Unbedenklichkeit,

aber sind ein Hinweis auf eine allgemeine Hintergrundbelastung europäischer Bürgerinnen und Bürger mit Glyphosat. Ich finde das bedenklich. (C)

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber bis heute wurde keine einzige repräsentative Studie in Auftrag gegeben, um diese alarmierenden Ergebnisse entweder zu widerlegen oder zu bestätigen. Das finde ich fahrlässig. Wir brauchen hier endlich Klarheit.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bis dahin sollten wir davon ausgehen, dass der BUND recht hat. Dann stellen sich aber mindestens drei dringende Fragen: Erstens. Warum wird so häufig Glyphosat im Urin von Menschen gefunden? Zweitens. Welche Risiken sind damit verbunden? Drittens. Was kann oder, besser gesagt, was muss getan werden?

Warum haben so viele Menschen Glyphosat im Urin? Das ist der Fall, weil Glyphosat sehr häufig in der Landwirtschaft eingesetzt wird und so in die Lebensmittel gelangt. Vielleicht haben Sie schon einmal im Frühjahr Äcker gesehen, auf denen alle Pflanzen totgespritzt waren. Das ist Unkrautbekämpfung mit Glyphosat. Wenn ein Mähdrescher einmal nicht schnell genug für die Ernte bereitsteht oder die Ernte nicht gleichmäßig genug reift – die Antwort ist Glyphosat. Das wurde im Sommer 2014 selbst dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit zu krass, und es schränkte die Zulassung ein. Immerhin! Ob es daran liegt oder an der öffentlichen Debatte, zumindest habe ich in meiner Heimatregion Priegnitz in diesem Frühjahr seltener totgespritzte Felder gesehen. (D)

Aber auch für den Haus- und Kleingartenbereich sind 51 glyphosathaltige Mittel zugelassen. Man kann sie kanisterweise im Baumarkt kaufen, angeblich mit Beratung; nun ja. Bei www.amazon.de gibt es 500 Milliliter Roundup Easy für 17,63 Euro, gänzlich ohne Beratung. In Nord- und Südamerika werden glyphosatresistente Gentech-Pflanzen, zum Beispiel Roundup-Ready-Soja, in großem Stil angebaut und nach Europa importiert. Auch so kommt Glyphosat in den Urin der europäischen Bevölkerung. Glyphosat ist unterdessen das weltweit am stärksten verbreitete Pflanzenschutzmittel. Das ist ein Riesengeschäft für Monsanto, und zwar auf unsere Kosten.

Umso wichtiger ist die zweite Frage: Welche Risiken sind damit verbunden? Die ökologischen Risiken sind im Grundsatz klar. Wenn auf einem Acker ausschließlich Mais, Getreide oder Kartoffeln wachsen dürfen, ist das eine ökologische Wüste. Auch Hinweise auf Schäden bei Lebewesen in Gewässern gibt es, übrigens auch von Bundesoberbehörden. Über das konkrete Ausmaß der ökologischen Schäden wissen wir fast nichts. Aber noch größer sind die Wissenslücken bei den gesundheitlichen Risiken. Es gibt zwar immer wieder Hinweise auf erhebliche Tiergesundheitsprobleme bei Rindern und Schweinen, die mit Glyphosat in Verbindung gebracht werden. Aber offiziell wurden diese gesundheitlichen Risiken immer verneint – bis zum Paukenschlag Ende März, als

Dr. Kirsten Tackmann

- (A) die Internationale Agentur für Krebsforschung der WHO – das ist schon erwähnt worden – Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft hat.

Ja, die wissenschaftliche Dokumentation dazu liegt erst Mitte Juli vor, und ja, es ist völlig legitim, diese noch einmal zu überprüfen. Aber dass Union und Bundesregierung schon vorab die wissenschaftliche Kompetenz dieser WHO-Agentur infrage stellen, finde ich absolut inakzeptabel.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich muss ehrlich sagen: Diese deutsche Arroganz ist erschreckend und hochnotpeinlich.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit kommen wir zur dritten Frage: Was muss jetzt eigentlich getan werden? Die Forderungen der Linken liegen seit einem Jahr vor. Wenn die Krebsforscher der WHO recht haben, dann sind das, was wir fordern, nur die allernötigsten Maßnahmen.

Unsere erste Forderung wird von vielen Baumärkten – vielleicht in voreilemdem Gehorsam – schon umgesetzt. Sie nehmen Glyphosat aus dem Sortiment, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Was sagt es eigentlich über unser Land, wenn Baumärkte vorsorgender denken als die Bundesregierung?

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Uwe Kekeritz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dass sie intelligenter sind!)

Zweitens. Glyphosat gehört nicht in die Ernte. Drittens wollen wir mehr Forschung zu ökologischen und gesundheitlichen Risiken. Das kann man nun wirklich nicht ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Frau Kollegin Tackmann. – Nächste Rednerin in der Debatte: Rita Hagl-Kehl für die SPD.

(Beifall bei der SPD)

Rita Hagl-Kehl (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Unser täglich Brot gib uns heute.“ Diesen Satz habe ich als gläubige Christin – genauso wie Millionen andere Menschen – schon tausendfach gen Himmel gesandt, immer in der Überzeugung, dass dieses Lebensmittel gut für mich, meine Kinder, meine Familie ist. Genau dieses Lebensmittel steht nun im Verdacht, ein krebserregendes Pflanzenschutzmittel in unseren Körper zu bringen.

Glyphosat ist ein Wirkstoff, der in den letzten Jahren immer mehr zum Einsatz kommt. Es ist das weltweit – auch in Deutschland – am meisten verwendete Herbizid. Die Zahlen wurden schon genannt. Allein in Deutschland werden 5 000 bis 6 000 Tonnen Glyphosat jährlich eingesetzt. Durch die massive Anwendung von Glyphosat werden die damit bespritzten Unkräuter aber immer resistenter. Dies führt zu einem verstärkten Einsatz dieses Herbizidwirkstoffs und steigender Konzentration des Wirkstoffs. Darüber hinaus kommt es oft zur Vermischung mit anderen Herbiziden. Dadurch entsteht eine noch größere Toxizität. (C)

In Deutschland sind derzeit 83 glyphosathaltige Mittel zugelassen, etwa die Hälfte davon auch für Haushalt und Kleingärten. Das heißt, man kann sie, wie wir von der Kollegin vorhin gehört haben, in Baumärkten frei erhalten. Diese Mittel stehen in einem mit einem Schloss gesicherten Schrank. Man geht zur Verkäuferin und sagt, dass man 500 Milliliter haben möchte. Die Verkäuferin fragt dann zurück: Welche Marke hätten Sie denn gerne? Dann gibt sie uns die gewünschte Marke. Ähnliches gilt für das Schneckenkorn. Beratung findet kaum statt. Ich kann mich jedenfalls an keine ausführliche Beratung erinnern. Gleichzeitig verlangen wir von den Landwirten einen Sachkundenachweis. Dabei darf jeder Hobbygärtner solche Mittel einfach so verwenden.

Laut einer Studie werden 39 Prozent der Ackerflächen in Deutschland mit glyphosathaltigen Wirkstoffen behandelt. Das ist eine sehr hohe Zahl. Aber die Anwendung von glyphosathaltigen Mitteln betrifft nicht nur die Ackerbauflächen und die heimischen Gärten, sondern auch den öffentlichen und insbesondere den kommunalen Bereich. Dieser Wirkstoff wird zur Pflege von öffentlichen Grünflächen und Spielplätzen sowie zur Pflege von Bahnstrecken und Autobahnrandstreifen verwendet. Welche Mutter lässt es kalt, wenn sie weiß, dass der Spielplatz, auf dem ihr Kind gerade im Sand buddelt, zuvor mit Glyphosat behandelt wurde? Mich würde es nicht kaltlassen. (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Die aktuelle Studie der Arbeitsgruppe der Krebsforschungsagentur, die von meinen Vorrednern bereits mehrfach genannt wurde, hat mit der Einstufung von Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend beim Menschen“ große Besorgnis in der Bevölkerung ausgelöst. Dazu hat auch die Presse beigetragen, die dies vermittelt hat; das ist auch richtig so. Die neuesten Erkenntnisse haben bewirkt, dass Produkte mit diesem Wirkstoff in den Baumärkten zum Teil schon freiwillig aus dem Sortiment genommen wurden.

Wie der Kollege Ebner bereits gesagt hat, haben wir die Aufgabe, bis Ende 2015 bei der Entscheidung auf EU-Ebene mitzuwirken, ob Glyphosat auch in den nächsten zehn Jahren verwendet werden soll. Bei dieser Entscheidung muss der Schwerpunkt auf die Gesundheit von Menschen und Tieren sowie auf die Folgen für die Umwelt gesetzt werden. Wir als SPD nehmen dieses

Rita Hagl-Kehl

- (A) Problem sehr ernst und haben deswegen der Anhörung zugestimmt, die wir im September haben werden. Wir wollten diese Anhörung auch deshalb, weil dort hoffentlich die neuesten Erkenntnisse für uns zusammengetragen werden.

(Beifall bei der SPD)

Bevor wir an ein umfassendes Verbot denken, sollten wir eine Reihe von bevorstehenden Ereignissen noch abwarten. Auf die Monografie der Krebsforschungsagentur, die die Belege für die Einstufung von Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ enthalten wird, warten wir noch bis Juli. Auch die Schlussfolgerung der Neubewertung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit zum Pflanzenschutzmittelwirkstoff wird noch veröffentlicht werden. Wir werden darauf einwirken, dass die EU auch diese Studie der IARC mit einbezieht.

Bei der Anwendung von Glyphosat zur Abreifebeschleunigung wurde bereits 2014 eine Einschränkung vorgenommen. So dürfen nur noch Flächen behandelt werden, auf denen das Getreide unregelmäßig gereift ist und auf denen eine Beerntung ohne diese Behandlung nicht möglich wäre. Dies ist ein erster Schritt; aber wir wissen auch, dass diese Maßgabe schwer zu kontrollieren ist.

Wir brauchen mehr Forschung, um relevante Alternativen zum Glyphosateinsatz zu finden und weiterzuentwickeln, die zum einen denselben Effekt haben und die Produktion nicht hemmen, zum anderen aber nicht gefährlich für Menschen, Tiere und Umwelt sind. Es ist uns wenig geholfen, wenn wir in Deutschland sofort den Einsatz verbieten

- (B)

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum?)

und dann aufgrund von Ernteaussfällen, die womöglich eintreten, Getreide importiert wird, von dem wir auch nicht wissen, ob es belastet ist.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch andere Länder, wie zum Beispiel die Schweiz – vorhin wurde auch Frankreich genannt –, arbeiten bereits an einer entsprechenden Gesetzgebung.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja! So ist das!)

Immer mehr Länder nehmen die Gefahr der Verwendung ernst. Obwohl ein vollkommenes Verbot mehr Zeit in Anspruch nehmen wird, als wir heute haben, scheint mir doch ein Verbot des Verkaufs zum privaten Gebrauch eigentlich sehr realistisch. Dieses Ziel müssen wir uns vornehmen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Denn ich kann zwar nicht vom Bauern verlangen, dass er jedes Unkraut auszupft; aber von einem Hobbygärtner kann ich sehr wohl verlangen, dass er seine Unkräuter

noch mit der Hand auszupft und nicht die Giftspritze benutzt. (C)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen herzlichen Dank, liebe Kollegin Hagl-Kehl. – Nächster Redner in der Debatte: Arthur Auernhammer für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Artur Auernhammer (CDU/CSU):

Geschätzte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Tagesordnungspunkt 34“ steht hier, und darunter: „Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat“.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Pflanzenschutzmittel wäre besser gewesen!)

Man könnte meinen, man sei in einer militärischen Debatte.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was hätten Sie denn gern?)

Diese Überschrift passt wieder ideal in das große politische Leitbild der Grünen, nämlich die deutsche Landwirtschaft zu stigmatisieren, wie es ständig in diesem Hause geschieht.

(Beifall bei der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche schönrednerische Überschrift hätten Sie denn gerne gehabt, Herr Kollege? – Weitere Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (D)

– Ich bitte die Saaldiener, den Grünen Baldriantropfen vorbeizubringen; denn die sind heute etwas sehr aufgedreht.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Haben Sie eine Ahnung, wie das ist, wenn die wirklich aufgedreht sind?

(Heiterkeit)

Artur Auernhammer (CDU/CSU):

Dann möchte ich Sie nicht im Rücken haben, Frau Präsidentin.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben bundeseigene Institutionen – BfR und UBA, Umweltbundesamt –, wo gut bezahlte Wissenschaftler sitzen, die sich mit dem Thema Glyphosat befassen. Wir sollten doch in dieser Diskussion auf die Wissenschaftler vertrauen und nicht auf kurzfristige Polemik abfahren.

(Beifall bei der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und die internationale Forschung?)

Artur Auernhammer

- (A) Wir haben bereits im Jahr 2014 gehandelt; das ist angesprochen worden. Die sogenannte Sikkation wurde verboten. Das Mähreschermanagement, das teilweise großflächig angewandt wurde, ist nicht mehr erlaubt. Es ist sehr eingeschränkt, und es war gut so, dies zu machen.

Wir diskutieren hier oft über den Schaden durch Pflanzenschutzmittel. Ich war als Landwirt heilfroh, als – ich nenne das Kind jetzt einmal beim Namen – Roundup auf den Markt kam und wir zur Bekämpfung der sogenannten Gemeinen Quecke – sie ist wirklich gemein; zuvor hatten wir zu ihrer Bekämpfung nur Bodenbearbeitungsgeräte – endlich ein effektives Mittel hatten. Durch die mechanische Bodenbearbeitung hatte ich mir wie viele andere Landwirte schon Bandscheibenschäden zugezogen, und deshalb waren wir alle froh, als dieses Präparat auf den Markt kam. Wir wollen alles dafür tun, dass wir es auch weiterhin nutzen können.

(Uwe Kekeritz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, das glaube ich!)

Wenn wir von heute an landauf, landab auf Glyphosat verzichten würden, wäre Europa – das ist bereits angesprochen worden – zum Beispiel nicht mehr in der Lage, Weizen zu exportieren, sondern müsste, um die eigene Ernährung sicherzustellen, Weizen importieren.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht einschlafen, Herr Kollege! Nicht zu viel Baldrian trinken!)

- (B) Wissenschaftler haben bereits Berechnungen dazu angestellt und sind zu entsprechenden Erkenntnissen gekommen. Wir haben aber die Verantwortung – das will ich hier ebenfalls sagen –, einen Beitrag zur Welternährung zu leisten.

In diesem Zusammenhang wird immer wieder auch über die Kleingärtner und die Baumärkte gesprochen. Es wird gefordert, jeder Baumarkt müsse dieses Präparat sofort aus seinem Sortiment nehmen. Ja, sollen es die Baumärkte herausnehmen. Aber man muss bedenken: Gemessen an der Gesamtmenge an eingesetztem Glyphosat liegt der Anteil bei den in Baumärkten vertriebenen Produkten bei vielleicht 1 Prozent. Natürlich stellt sich auch mir die Frage, ob eine Verbraucherin oder ein Verbraucher das in einem Baumarkt gekaufte Glyphosat auch richtig einsetzt. Die Landwirtschaft verfügt über Sachkundenachweise, über Ausbildung, über eine geprüfte, kontrollierte Technik. In einem Baumarkt öffnet sich einem ein Glasschrank, und jeder kann das angebotene Präparat erwerben. In welcher Konzentration er das auf das Pflaster ausbringt, ist dann die Frage.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aufs Pflaster darf das doch gar nicht, Herr Kollege!)

– Herr Kollege Ebner, nicht alle Menschen machen das, was man darf. So weit sind wir noch nicht.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Also, raus aus dem Baumarkt! – Gegenruf des Abg. Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Genau! Immer alles verbieten!)

Es lebt nicht jeder wie Sie in einer Gutmenschenwelt. (C)

Meine Damen und Herren, das Thema „Glyphosat in Verbindung mit GVO-Anbau“ ist bereits angesprochen worden, Stichwort: Roundup und Co. Wir haben gerade durch den GVO-Anbau die eine oder andere Resistenz in Nord- und in Südamerika festgestellt. Ich habe das Beispiel Atrazin vor Augen: Atrazin war ein gutes Produkt zur Unkrautbekämpfung beim Maisanbau.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und es ist zu Recht aus dem Verkehr gezogen worden!)

Am Anfang betrug die Aufwandmenge pro Hektar 1,5 Kilogramm. Dann kamen die ersten Resistenzen, und man hat die Aufwandmenge erhöht, woraufhin Atrazin im Grundwasser nachgewiesen wurde. Bei der Frage, ob etwas giftig ist, ist immer die Dosis entscheidend. Gerade beim GVO-Anbau ist es wichtig, genau hinzuschauen, inwieweit höhere Aufwandmengen genutzt werden, um die Resistenzen zu bekämpfen.

Eines muss ich noch sagen: Warten wir doch erst einmal ab, was uns die Wissenschaftler im im Juli erscheinenden WHO-Bericht sagen. Dann können wir in diesem Hause entscheiden und eine gute und vernünftige Lösung für die deutsche Landwirtschaft und für die deutschen Verbraucherinnen und Verbraucher finden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Herr Kollege Auernhammer. – Dann kommen wir zur letzten Rednerin in dieser Debatte und wahrscheinlich auch des heutigen Tages. Das ist Frau Elvira Drobinski-Weiß für die SPD. (D)

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

Elvira Drobinski-Weiß (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Gegensatz zum Kollegen Auernhammer bin ich der Meinung, dass eine Landwirtschaft ohne Glyphosat möglich ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ganz sicher bedeutet ein Verzicht darauf weder den Untergang der deutschen Getreide- und Zuckerrübenproduktion noch das Ende des unkrautfreien Kleingartens.

Die Internationale Agentur für Krebsforschung – sie ist heute schon mehrfach genannt worden – hat Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft; Hinweise darauf existieren schon seit langem. Die Rückstände dieses Pflanzenschutzmittels finden sich in Brötchen, Mehl und im menschlichen Urin.

Im Gegensatz zur Internationalen Krebsforschungsagentur halten das Bundesinstitut für Risikobewertung und die europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde

Elvira Drobinski-Weiß

- (A) Glyphosat bisher für unbedenklich; das ist hier schon angeklungen. Angeblich fehlen die wissenschaftlichen Belege für die gesundheitlichen Risiken. Beide Behörden müssen jedoch endlich die gesamte Studienlage in ihre Bewertung einbeziehen. Es ist den Verbraucherinnen und Verbrauchern, die im Übrigen zu Tausenden für ein Verbot von Glyphosat demonstrieren, schwer zu vermitteln, dass die kritischen, unabhängigen Studien wegen formaler Ausschlusskriterien nicht in die Bewertung einfließen, während die industriefinanzierten Studien einbezogen werden, im Übrigen oft, ohne dass sie öffentlich zugänglich sind. Die formalen Kriterien, die die Behörden ansetzen, sind von vielen unabhängigen Universitätsinstituten jedoch kaum einzuhalten, und sie sind gleichzeitig auch kein Garant für die Qualität oder Aussagekraft der Studien.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

Mir erscheint diese Praxis außerordentlich problematisch.

Wir haben die Aufgabe, die Gesundheit und Unversehrtheit von Menschen und die Umwelt zu schützen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In Sachen Glyphosat nichts zu unternehmen, wird dieser Aufgabe jedoch nicht gerecht.

- (B) (Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ja, der Einsatz kurz vor der Ernte, um die Reife zu beschleunigen, ist inzwischen eingeschränkt. Ja, die Anwendungsbestimmungen sind im letzten Jahr noch einmal konkretisiert worden. Aber dennoch landen Tausende Tonnen Glyphosat auf Pflanzen, Spielplätzen, öffentlichen Anlagen und eben auch in privaten Gärten; das ist schon mehrfach genannt worden.

Die Handelskette Rewe hat sich inzwischen dazu entschieden, keine Produkte mit Glyphosat mehr zu verkaufen. Man will stattdessen umweltverträglichere Alternativen anbieten. Das ist sehr begrüßenswert. Ich hoffe, dass andere Unternehmen folgen.

Das entbindet uns aber selbstverständlich nicht von der Pflicht, bald zu entscheiden, wie wir mit den Erkenntnissen der Weltgesundheitsorganisation und dem

- breiten gesellschaftlichen Protest gegen Glyphosat umgehen. Dazu haben wir in dieser Woche eine Anhörung im Bundestag beschlossen. Das ist auch gut so. Auch wollen wir die vollständige Auswertung der Stellungnahme der Internationalen Krebsforschungsagentur abwarten; darauf ist schon mehrfach hingewiesen worden. (C)

Aber eines ist jetzt schon klar: Das Vorsorgeprinzip wird uns gebieten, den Einsatz deutlich zu beschränken. Für uns bedeutet das auf jeden Fall: Glyphosat sollte in Baumärkten für den privaten Gebrauch nicht mehr frei erhältlich sein. Dafür werden wir uns einsetzen. Und – ich sage es noch einmal –: Auch eine Landwirtschaft ohne Glyphosat ist zweifellos möglich.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Frau Kollegin Drobinski-Weiß. – Damit schließe ich die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 18/5101 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. – Sie sind damit einverstanden. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zum Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Zulassung glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel einschränken“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/5087, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 18/1873 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen. Die Große Koalition – CDU/CSU und SPD – hat zugestimmt. Dagegen waren Linke und Bündnis 90/Die Grünen. (D)

Wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, den 1. Juli 2015, 13 Uhr, ein.

Ich wünsche Ihnen, auch Ihnen auf den Tribünen, ein schönes Wochenende und noch viel Spaß in Berlin.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 14.34 Uhr)

Berichtigung

112. Sitzung, Seite 10774 D, vorletzter Absatz, letzter Satz, ist wie folgt zu lesen: „Zu deren Mitgliedern gehören wiederum zahlreiche ärztliche und pflegerische Organisationen, als deren Mitglied auch ich als Person.“